



Uri, 12. Mai 2021

## **Wirtschaft Uri sagt Ja zum CO2-Gesetz**

***Am 13. Juni stimmt das Volk über das CO2-Gesetz ab, das zum Ziel hat, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Wirtschaft Uri befürwortet die Vorlage. Das CO2-Gesetz ist ein wirkungsvolles Massnahmenpaket, das Innovation und Fortschritt zugunsten des Klimas ermöglicht. Die Pestizid- und Trinkwasser-Initiative werden hingegen klar abgelehnt.***

Das CO2-Gesetz sieht vor, die Treibhausgasemissionen mit einem Mix aus höheren und neuen Lenkungsabgaben (Flugticketabgabe), Grenzwerten für Gebäude und Fahrzeuge sowie einem Klimafonds zu senken. «Das CO2-Gesetz ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer intakteren Umwelt», so René Röthlisberger, Präsident von Wirtschaft Uri. Es stellt die Grundlage zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das auch die Schweiz unterzeichnet hat. Wirtschaft Uri erachtet das CO2-Gesetz als machbar, vernünftig und notwendig.

### **Lenkungsabgaben fliessen nicht in die Staatskasse**

Der Klimawandel ist ein globales Problem. «Wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse und den Rückgang der Artenvielfalt zu vermindern», meint René Röthlisberger. Während die Emissionen in den Gebäude- und Industriesektoren deutlich abgenommen haben, stagnieren sie im Verkehrssektor. Die Schweiz muss noch einiges tun, um ihre Reduktionsziele bis 2030 zu erreichen und die Emissionen bis 2050 auf ein Netto-Null-Niveau zu bringen. Mit dem CO2-Gesetz wird eine grössere Kostenwahrheit hergestellt: Wer mehr Ressourcen auf Kosten der nächsten Generationen verbraucht, muss auch den Preis dafür bezahlen. Wichtig aus Sicht von Wirtschaft Uri ist es, dass die Lenkungsabgaben nicht in die Staatskasse fliessen, sondern sie kommen direkt oder indirekt der Bevölkerung und den Unternehmen zugute: Zwei Drittel der CO2-Abgabe auf Heizöl und Erdgas sowie mehr als die Hälfte der Flugticketabgabe werden direkt rückverteilt. Der Rest fliesst über den Klimafonds an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurück. «Das ist ein wichtiges Argument, warum wir dem Gesetz zugestimmt haben», meint René Röthlisberger weiter.

### **Nein zur Pestizid- und Trinkwasser-Initiative**

Wirtschaft Uri lehnt sowohl die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide», als auch jene «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» ab. Diese Volksinitiativen sind zu radikal.

Die Pestizid-Initiative fordert ein Verbot aller synthetischen Pflanzenschutzmittel. Dies mindert die Rentabilität, verteuert die Lebensmittelproduktion in der Schweiz und lässt somit deren Wettbewerbsfähigkeit bröckeln. Pflanzenschutzmittel sind für die Produktion von Lebensmitteln in der Schweiz in ausreichender Menge und in der erforderlichen Qualität notwendig.

Was die Trinkwasser-Initiative angeht, würde ein komplettes Verbot des Einsatzes von Pestiziden und des Zukaufs von Futtermitteln bei vielen Betrieben, die Direktzahlungen erhalten, zu einem Rückgang der Produktion und zu Ertragsminderungen führen.

Weiter fasst Wirtschaft Uri die Ja-Parole für das Covid-19 Gesetz.

Für weitere Auskünfte:

**Wirtschaft Uri**

René Röthlisberger, Präsident

Tel. 079 356 66 84 / [info@wirtschaft-uri.ch](mailto:info@wirtschaft-uri.ch)

### **Zu Wirtschaft Uri:**

Wirtschaft Uri ist der Dachverband der Urner Wirtschaftsverbände und hat das Ziel, den Standort Uri für hiesige, ausserkantonale und internationale Unternehmen attraktiver zu gestalten. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).